

Gemeinsame Erklärung der RKH-Kliniken, der Helios Klinik für Herzchirurgie, dem SRH Klinikum Karlsbad, der ViDia Kliniken und dem Städtischen Klinikum Karlsruhe zur aktuellen Situation in den Kliniken im Raum Karlsruhe

Kliniken im Alarmmodus

Klinikmanager fordern Politik sowie Bürgerinnen und Bürger zur Unterstützung auf

Karlsruhe, 11.12.2020

Nach dem emotionalen Appell der Bundeskanzlerin am Mittwochabend und der aktuellen Einschätzung der Situation durch RKI-Chef Wieler als „besorgniserregend“ schlagen auch die Kliniken im Stadt- und Landkreis Karlsruhe Alarm und fordern Politik und Bürger zum Handeln auf.

Die SARS-CoV-2-Pandemie führt seit Wochen zu einer erheblichen Belastung in den Kliniken sowohl in Karlsruhe als auch in den Kliniken im Landkreis. Die weiter ansteigenden Corona-Neuinfektionen und die hierdurch anhaltend hohen Inzidenzzahlen haben einerseits zur Folge, dass schwerkranke COVID-19-Patienten auf speziellen COVID-19-Stationen und auf den Intensivstationen mit sehr hohem personellen und strukturellen Aufwand behandelt werden müssen. Andererseits ist die Leistungsfähigkeit der Kliniken auch im Nicht-COVID-Bereich durch den Personalaufwand sowie durch Infektionen und Quarantänemaßnahmen auch bei Beschäftigten deutlich eingeschränkt.

In Anbetracht dieser alarmierenden Ausgangssituation fordern die Kliniken eine deutliche Nachjustierung der Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Virus noch vor Weihnachten, mit dem Ziel, die Infektionszahlen zeitnah deutlich zu reduzieren. Parallel appellieren die Kliniken nochmals eindringlich daran, die bekannten Schutzmaßnahmen konsequent einzuhalten und die Kontakte auf ein Mindestmaß zu reduzieren, da anderenfalls damit zu rechnen ist, dass sich die Situation weiter verschärft.

Trotz aller strukturellen und hygienischen Bemühungen können die Kliniken eine adäquate medizinische Versorgung mittelfristig bis ins Frühjahr nur dann sicherstellen, wenn die Infektionszahlen nachhaltig gesenkt werden. Neben der Behandlung von COVID-19-Erkrankten ist auch die Versorgung von Patienten mit anderen schwerwiegenden Erkrankungen wie Herzinfarkt, Schlaganfall oder Tumorleiden von besonderer Bedeutung. Um die Situation in den Griff zu bekommen, reicht der Teil-Lockdown nicht aus.

Die Kliniken fordern daher auch zum Schutz ihrer Mitarbeitenden ein Maßnahmenpaket, das die medizinische Leistungsfähigkeit und die medizinische Versorgungsqualität für die Gesamtbevölkerung über COVID-19-Erkrankungen hinaus sicherstellt. Hohe Todesfallraten, die massive Belastung des medizinischen Personals und das zunehmende Risiko einer medizinischen Unterversorgung schwerkranker Patienten erfordern daher konkrete Maßnahmen, auf die sich das Bundeskanzleramt und die Ministerpräsidenten in ihrer Sitzung am Sonntag verständigen müssen.

Mit Blick auf die in dieser Woche veröffentlichten Impfeempfehlungen des Bundesministeriums für Gesundheit und der Ständigen Impfkommission sehen die Akteure deutlichen Nachbesserungsbedarf. Zu fordern ist, dass das gesamte in die Patientenversorgung involvierte medizinische Personal in die höchste Priorisierungsstufe aufgenommen wird und nicht nur medizinisches Personal, das in die Versorgung vulnerabler Patientengruppen

involviert ist. Die Leistungsfähigkeit der Kliniken wird insbesondere durch SARS-CoV-2-Ausbrüche bei Mitarbeitern und durch Quarantänemaßnahmen beeinträchtigt. Würde lediglich ein Teil des medizinischen Personals geimpft werden, könnte das die Funktion ganzer medizinischer Bereiche außerhalb der jetzt geplanten Hochrisikobereiche massiv gefährden.

Neben dem Schutz von vulnerablen Patientengruppen sollte es das Ziel aller Maßnahmen und der Impfstrategie sein, die medizinische Versorgung und Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems, insbesondere der Akutkrankenhäuser und der Corona-Schwerpunktpraxen, sicherzustellen.